

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 04

April 2007

Jahrgang 36



„Seilschaften“ gegen Bürgerdemokratie

CDU, Freie Wähler, Stadtwerke, Kreissparkasse, VOITH und „Presse-Zar“ HZ/HNP-Verleger, die „Einheitsfront“ für Aktionäre.
20:13 Stimmen: Verkauf bestätigt -Stellungnahme der DKP-

Um den Beschluss des Gemeinderats vom 09.11.2006 aufzuheben, fehlten den Befürwortern des Bürgerentscheids, die sich gegen den geplanten GBH-Aktienverkaufs an die Heuschrecke Gagfah/ Fortress richtete 1.696 -JA- Stimmen.

Der Bürgerentscheid ist somit gescheitert.

Bei einer Beteiligung von knapp 27 Prozent (9.630 Abstimmungsberechtigte) haben sich viele Bürgerinnen und Bürger an der Abstimmung, rund 26.150 Abstimmungsberechtigte (73 Prozent), nicht beteiligt.

Auf eine schon im Vorfeld erkennbare Haltung „Das bringt nichts mehr“ oder „Die machen doch trotzdem was sie wollen“, haben sich zu viele Heidenheimerinnen und Heidenheimer zurückgezogen. Eine erschütternde „Ohne mich“ Haltung.

Es ist schwer festzustellen, ob sich von den rund 5.000 Mietern selbst zu wenig beteiligt haben oder ob es an der fehlende Mithilfe aus der weiteren Wählerschicht mangelte.

Trotz alledem haben die Befürworter

des GBH-Aktienverkaufs, mit OB Ilg an der Spitze, für ihre Geheimdiplomatie einen empfindlichen Dämpfer bekommen.

In keinem der Wahlbezirke haben sie nur annähernd für ihre Politik Zustimmung erhalten. Ein Stimmungsbarometer, demoskopisch hochge-



Bürgerversammlung Konzerthaus 06. 03. 2007
Auch in Zukunft gilt: „Mehr Demokratie wagen!“

rechnet, der nachhaltige Wirkung haben wird.

Die manipulierende Behauptung „Der Verkauf der GBH Aktien ist gut für Heidenheim! Er kann nicht mehr rückgängig gemacht werden“ wurde von bekannten Heidenheimer

Persönlichkeiten nicht nur finanziell unterstützt.

Angeführt von OB Bernhard Ilg, der CDU-Heidenheim und den Freien Wählern, gefolgt von Landrat Mader, den Spitzenmanagern von VOITH, Stadtwerke, Kreissparkasse und dem Verleger der Heidenheimer Tageszeitungen, standen die Initiatoren des Bürgerentscheids einer großen „Seilschaft“ einflussreicher Personen gegenüber.

Ihr Zusammenwirken hat ergeben, dass ihre Behauptungen nicht mehrüberprüft werden können.

Verstiegen haben sich auch die CDU-Vorstandsmitglieder mit ihrer Feststellung, man müsse die Bürger über die Wirkungslosigkeit des Bürgerentscheids informieren. Man laufe sonst Gefahr, dass ein sinnvolles demokratisches Instrument dauerhaft

beschädigt würde. Solche Auslassungen des CDU-Vorstands zeigen ihre demokratische Grundhaltung, wenn nicht in ihrem Sinne gehandelt wird. Wie kann ein sinnvolles demokratisches Instrument, weil es von Bürge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

rinnen und Bürgern in Anspruch genommen wird, dauerhaft beschädigt werden?

Die Großaktionäre versteigen sich sogar in die Behauptung, dass der GBH-Deal Arbeitsplätze sichere.

M. Grath (Grüne) der z.B. das Feuerwehrewesen, die Kultur u.ä. für kommunale Aufgaben hält, für ihn zählen Wohnungen zu keiner städt. Grundaufgabe. Mieterhöhungen müssten nicht befürchtet werden, meinte er. Am Stammtisch sprachen sich auch

die besserverdienenden FDP Mitglieder für den Verkauf aus. Die 150.000.- Euro Sponsorengelder der Gagfah an Vereine, die sie als Schmiergeld für die Stadt bezeichnen, um sie willfähig zu machen, spielt für die Liberalen keine Rolle.

Alles Argumente, die zukünftig nicht vergessen werden dürfen.

Der erste in der Geschichte der Stadt Heidenheim durchgeführte Bürgerscheid ist verlorengegangen. Nicht verlorengegangen sind die Erfahrungen und der Mut, auch zu-

künftig die Bürgerschaft in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Die DKP Heidenheim und ihre Stadträte werden sich auch zukünftig um Mieterinteressen kümmern und alles unterstützen, was zu mehr Demokratie und zu mehr kommunaler Mitbestimmung führt. Die DKP steht für gläserne Taschen, für eine offene Kommunalpolitik an der Seite der Bürgerinnen und Bürgern.



Heftige Diskussion im Gemeinderat

DKP-Stadträte hatten kein Verständnis für unmenschliche Obdachlosenunterkünfte.

Zu einer heftigen Debatte kam es am 1. März in der Gemeinderatssitzung im Heidenheimer Rathaus. Zuvor wurde DKP-Kreisvorsitzender Wilhelm Benz als Stadtrat verpflichtet. Er tritt als Nachfolger des langjährigen Stadtrats Uli Huber an.

Im Verlauf der Sitzung musste der Gemeinderat über eine Satzung für die Unterkünfte von Obdachlosen und Flüchtlingen beraten. Für die DKP sprach Stadtrat Reinhard Püschel, der deutlich machte, dass die DKP dieser Satzung nicht zustimmen werde. „Hat sich jemand vom Gemeinderat mit diesen Wohnverhältnissen befasst“, fragte Püschel in die Runde. „Es handelt sich hier um die Ärmsten der Armen. Von einer menschlichen Behausung würde ich nicht sprechen. Und dafür mehr Miete zu verlangen ist im wahrsten Sinne des Wortes –unmenschlich“. Püschel bezog sich auf die schriftliche Vorlage, in der es hieß: „Die neu festzusetzenden Gebühren übersteigen die entspre-

chenden Mieten für gleichartige Wohnungen um 12,3 Prozent. Damit wird der Empfehlung für das Obdachlosenwesen des Sozialministeriums entsprochen, wonach die Gebühren für die Wohnungslosenunterkünfte so bemessen sein sollen, dass sie keinen wirtschaftlichen Anreiz zum längeren Verbleib bieten“.

Betont wandte sich Püschel an die Mitglieder des Gemeinderats, wie sie es denn sehen würden, dass in vielen Unterkünften gerade einmal ein Wasserhahn mit kaltem Wasser und ein zu kleiner Holz-Kohleofen vorhanden sei. Stadtverwaltung und Gemeinderat hatten für die Ausführungen der DKP kein Verständnis: Denen kann man doch keine ordentlichen Wohnungen geben, und arbeiten wollen die auch nicht, waren Antworten seitens der Stadträte. Gegen die 2 Stimmen der DKP wurde die Satzung beschlossen.



Stadtverwaltung und Stadträte loben sich, Arbeitsplätze bei Waldarbeitern „drastisch“ abgebaut zu haben.

Nicht anders war es beim Tagesordnungspunkt Stadtwald. Hier haben die Holzpreise zu einem guten Ergebnis geführt. Ausschlaggebend war die drastische Reduzierung der Mitarbeiter schon ab dem Jahr 1997. Weitere Reduzierungen im Jahr 2001 und 2006. Dieser Umstand war Anlass für die DKP-Vertreter sich zu Wort zu melden: „Wir alle im Gemeinderat sind Politiker und gehören Parteien an, die in den vergangenen Wahlkämpfen den Abbau der Arbeitslosigkeit versprochen. Jetzt loben

wir uns, Arbeitsplätze abgebaut zu haben, um gute Ergebnisse erzielen zu können. Das ist ein Widerspruch!“ „Wollte nicht Bundesminister Glos die Arbeitslosen zur Arbeit zwingen? Was würden Sie tun, wenn die Waldarbeiter zwangsweise wieder an die Arbeit geschickt würden?“ Auch hier hatten die Heidenheimer Stadträte und Stadträtinnen kein Verständnis für diese Art der Diskussion. Gegen die 2 Stimmen der DKP wurde der Waldarbeitsbericht zur Kenntnis genommen.



Damit die Wirtschaft den Menschen dient -DKP-





Die DKP-Stadträte Wilhelm Benz u. Reinhard Püschel

Mindestlohn zum Internationalen Frauentag

Die Forderung nach einem gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn stand auch im Mittelpunkt der Aktionen zum Internationalen Frauentag. Rund 1,75 Millionen Frauen hierzulande bekommen nicht mehr als einen Armutslohn für ihre Arbeit.“ Dagegen wollen wir ein Zeichen

setzen“ forderte zum Beispiel das ver.di Vorstandsmitglied Margret Mönig-Raane. Sie kritisierte auch, dass Monatsbruttoentgelte beispielsweise von Call-Centerbeschäftigten, Floristinnen oder Arzthelferinnen auf Beträge um 800 Euro hinausliefen.

Solche Einkommen würden den gesellschaftlichen Anspruch auf eigenständige Existenzsicherung und spätere Alterssicherung von Frauen verhöhnen und die Menschenwürde missachten.

In zahlreichen Städten richtete die DKP Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag aus. So auch in Stuttgart, wo die zentrale Frauentagsveranstaltung der DKP-Baden-Württemberg im Waldheim Gaisburg stattfand. In spielerisch nachgestellten Szenen und im fiktiven Interview mit Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, versetzt in unsere Tage, wurden erstaunliche bis erschreckende Parallelen deutlich und Aktualitäten sichtbar. Einen Tag nach dem Beschluß zu Tornadoeinsätzen in Afghanistan und angesichts der Unfähigkeit der Großen Koalition eine menschengerechte Familienpolitik, Kinderbetreuung, Bildungspolitik und soziale Sicherheit zu schaffen, wurde sichtbar: der Kampf um und für Sozialismus war vor 100 Jahren notwendig und ist heute nach wie vor unerlässlich.



Schon zur Tradition geworden ist der Infostand der DKP zum Internationalen Frauentag in der Heidenheimer Fußgängerzone. 300 Blumen verteilte die DKP an vorbeigehende Frauen, die sich herzlich bedankten.



DKP-Infostand am 24.02.2007 in der Fußgängerzone Heidenheim

Rente mit 67, Nein Danke!

Am 9. März beschloss der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. 408 Abgeordnete stimmten dafür, 169 waren dagegen, 4 enthielten sich. Zum Zeitpunkt der Bundestagsdebatte demonstrierten Gewerkschaften und Initiativen rund ums Parlamentsviertel gegen den Entschluss der Großen Koalition.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, hat den Beschluss des Bundestages zur Rente mit 67 als „fatale sozialpolitische Fehlentscheidung“ kritisiert. „Die Rente mit 67 löst kein einziges rentenpolitisches Problem. Stattdessen bestraft sie diejenigen mit massiven Leistungskürzungen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen. Zudem steht die Entscheidung im krassen Gegensatz zur ablehnenden Meinung der breiten Mehrheit in der Bevölkerung.“

Im Flugblatt der DKP „Nein zur Rente mit 67“ sind die Gründe genannt, warum die Große Koalition dieses Gesetz durch den Bundestag gepeitscht hat: „Es ist der Druck der Unternehmensverbände auf die Regierung, die diese Absenkungen erzwungen haben. Das Kapital will die sogenannten „Lohnnebenkosten“ senken, die Versicherungskonzerne wollen Profit machen mit der privaten Zusatzrente.“ Darum, der Kampf im Betrieb und auf der Straße, im Stadtteil, in der Fußgängerzone, in der Schule und an der Uni gegen die Rente mit 67 muss weitergehen.

Millionen für den Frieden statt Milliarden für den Krieg!

Kein Innentunnel sondern Umgehungsstrasse

Alte Tunnel-Vorstellungen immer neu aufgelegt

Ein altes Thema wird immer neu aufgelegt. Seit den 80er Jahren werden in Heidenheim immer neue Tunnelvarianten geplant.

Vom Schlossberg- über einen Ottilienberg-, Galgenberg- zum Innentunnel, lauter Heidenheimer Stadtrats-Schwabenstreiche.

Damals ein Schlossbergtunnel als Südumfahrung, ein Ottilienberg- oder Galgenbergtunnel als Nordumfahrung zur Entlastung der engen Innenstadt und heute die zweite Tunnelvariante von der Innenstadt in die Innenstadt. Mit dem angestrebten Ausbau der B466 wird es eine gewaltige Zunahme des LKW- Schwerlastverkehrs geben.

Mehr Feinstaub, mehr Lärm bringt für Heidenheim auch bei einer Innenstadt-Tunnelvariante für die Anlieger der Wilhelm- und Clichy-Straße keine Verbesserung. Ein CDU-City-Tunnel der das Nadelöhr Heidenheim am Ende der B466 nicht verbessert. „Nein“ Herr OB Ilg! Keinen neuen Anlauf für einen City-Tunnel. Auch wenn ihr Parteiintimus „Verkehrsexperte“ Brunnhuber Unterstützung signalisiert. Es gibt aber auch Experten, die nicht wissen was sie tun. Von einer CO2-Minderung, dem Klimaschutz nichts gehört. Von einer Verbesserung des ÖPNV und dem Ausbau des Perso-

nenverkehrs auf der Schiene weit entfernt. Der „Verkehrsexperte“ Brunnhuber (CDU-MdB) ein schlechter Ratgeber für OB Ilg und für Heidenheim. Aber warum muss der Verkehr von und zur Autobahn denn überhaupt erst in die Stadt geführt werden?

Die allermeisten Städte und Gemeinden in unserer Umgebung fordern und fördern die Umgehung. Das seit Jahren von den Stadtoberen und der CDU Heidenheim immer wieder bekämpfte Umgehungskonzept der B466 über den Führsamen muss mit der Tunneldiskussion auf den Tisch. Es ist noch nicht zu spät.



„Schlosshotel“ ohne Betreiber

Gegen DKP und Grüne: Gemeinderat verabschiedet Bebauungsplan



Nur die Grünen und die DKP im Gemeinderat stimmten gegen die überdimensionierte Luxusbebauung auf dem Schlossberg. Neben der eindeutigen Befürwortung des Bebauungsplans durch OB Ilg (CDU), die CDU Fraktion, sowie die neoliberalen „Freien“ Wählern, hielt sich die SPD mit einem „Ja-aber“ vornehm zurück. Es sei kein Baubeschluss, es gehe nur um die Möglichkeit des Bauens so OB Ilg - nicht mehr und nicht weniger. Eine sehr zweideutige Auslassung, mit der OB Ilg sein Versprechen bis Ende März einen Betreiber nachzuweisen, zu verlängern versuchte. OB Ilgs Ver-

sprechen bis Ende März dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit einen Betreiber vorzustellen, nachdem die Seminaris-Hotel-Kette mit Herrn Strube nach dem Gagfah-Deal ausgeschieden ist, geht angeblich in die zweite Runde. In dem für Juni dem Gemeinderat in Aussicht gestellte Baubeschluss, soll ein Betreiber für die Luxusbebauung genannt werden. Dieser wird wohl weiter hinter verschlossenen Türen gesucht werden. Der von den Grünen kritisierte Verwaltungsantrag ein Bebauungsverfahren einzuleiten, wurde von Ob Ilg mit dem Hinweis,

dass selbst die von den Grünen gewünschte „Pommesfrites-Bude mit Familienanschluss“ einen Bebauungsplan erfordere. Diese von OB Ilg gegenüber Stadtrat Sautter verbale Schnellschuss-Äußerung löste bei anwesenden Zuhörern wahrnehmbaren Widerspruch aus. Eine solche arrogante, ja beleidigende Äußerung von OB Ilg gegenüber einem Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat muss als eine äußerst unsachliche Bemerkung registriert bleiben.



Spart endlich an der Rüstung!

Keine Tornados nach Afghanistan!
Es gibt Alternativen.



Der Mensch geht vor Profit!

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere
Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen
DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03
Kreissparkasse Heidenheim
Vielen Dank!

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitschrift - Zeitung der DKP

Heute Warnstreik



UZ Rote Fahnen sieht man besser!
Jetzt 10 Wochen testen

10 Jahre wieder wöchentlich